

Auftrag zur Ermittlung des Grundsteuerwertes 2022
(Grundsteuerreform)

Der Steuerberatungs- und Rechtsanwaltskanzlei

Schmitt und Eidel Partnerschaft mbB Steuerberater Rechtsanwalt, Ahrenloher Straße 97, 25436 Tornesch
 -im Folgenden auch „Kanzlei“ genannt-

wird durch

 Firma, Vor- und Nachname, ggf. Ehepartner, Anschrift

 -im Folgenden auch „Mandant“ genannt-

hiermit ein Auftrag zur Ermittlung der Grundsteuerwerte für folgende Grundstücke erteilt:

Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Ort	Eigentümer	Grundstücksart *)	Einheitswert- Aktenzeichen

Für weitere Grundstücke verwenden Sie bitte eine Tabelle auf einem gesonderten Blatt.

*) Grundstücksarten: unbebautes Grundstück; Einfamilienhaus; Zweifamilienhaus; Mietwohngrundstück (Mehrfamilienhaus); Wohneigentum (Eigentumswohnung); Teileigentum; Geschäftsgrundstück; gemischt genutztes Grundstück

Die Erstellung der Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwertes soll wie folgt erfolgen:

- papiergebunden** – Die erforderlichen Angaben werden manuell in einer Erfassungstabelle erfasst und Nachweise werden in Papierform oder elektronisch eingereicht;
- digital über „GrundsteuerDigital“** – Die erforderlichen Angaben werden über eine Online-Anwendung erfasst und Nachweise werden elektronisch eingereicht;

Meine E-Mail-Adresse für die Anmeldung: _____

Die Kanzlei wird zur Entgegennahme aller Steuerbescheide und weiteren Verwaltungsakten im Zusammenhang mit den erstellten Steuererklärungen bevollmächtigt.

Vergütungsvereinbarung

Die Abrechnung im Rahmen des Auftrags erfolgt auf Grundlage gesetzlicher Gebühren nach Maßgabe der Steuerberatervergütungsverordnung (StBVV). Die Gebühr beläuft sich nach § 24 Nr. 11 StBVV auf

1. eine Gebühr von **6/20 bis 12/20 im Falle einer papiergebundenen Bearbeitung**
2. eine Gebühr von **3/20 bis 6/20 im Falle einer digitalen Bearbeitung über „GrundsteuerDigital“**

Die konkrete Gebühr richtet sich nach Umfang und Schwierigkeit der Bewertung im Einzelfall. Die Kosten für Büromaterial, Telefon, Porto und Kopien sowie sonstige Auslagen wie etwa Kosten für Grundbuch- und Registerauskünfte sowie den Zugang zu „Grundsteuer Digital“ werden nach Maßgabe der §§ 16, 17 StBVV abgerechnet. Alle Angaben verstehen sich **zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer (derzeit 19 %)**.

Die Kanzlei wird dazu ermächtigt, alle Auskünfte aus öffentlichen Registern und von Behörden (kostenpflichtig) anzufordern, die für die Erstellung der Steuererklärungen als notwendig erachtet werden. Die hierfür etwa erforderlichen Auslagen werden vom Mandanten erstattet.

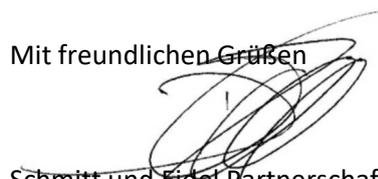
Haftung

Etwaige Ansprüche des Mandanten aus dem Auftragsverhältnis auf Ersatz von Schäden sind für sämtliche Schadensfälle aus und im Zusammenhang mit dieser Vertragsbeziehung, mit Ausnahme der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, auf einen Gesamtbetrag in Höhe von EUR 10.000.000,- (in Worten: zehn Millionen Euro) beschränkt. Die vorstehende Haftungsbeschränkung gilt auch für gesetzliche Ansprüche aller Art. Die Haftungsbeschränkung bezieht sich allein auf Fälle einfacher Fahrlässigkeit. Sie gilt nicht für etwaige vorsätzliche oder grob fahrlässige Pflichtverletzungen; bei derartigen Pflichtverletzungen richtet sich die Haftung nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Haftungsbeschränkung gilt für die gesamte Tätigkeit der Kanzlei für den Auftraggeber, einer erneuten Vereinbarung der Haftungsbeschränkung bedarf es insofern nicht. Die Haftungsbeschränkung gilt auch gegenüber Dritten, soweit diese in den Schutzbereich der zwischen uns bestehenden Vertragsbeziehung miteinbezogen sind.

Bestandteil dieses Mandats- und Mandatsrahmenvertrages sind auch unsere beigefügten „Allgemeinen Auftragsbedingungen“ sowie unsere beigefügten „Hinweise zur Datenverarbeitung“.

Wir bedanken und für Ihr Vertrauen und stehen für Fragen jederzeit sehr gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen


Schmitt und Eidel Partnerschaft mbB
Steuerberater Rechtsanwalt

Datum/Ort

Unterschrift des Mandanten

Allgemeine Auftragsbedingungen

1. Diese Auftragsbedingungen gelten für alle Verträge zwischen der Schmitt und Eidel Partnerschaft mbB Steuerberater Rechtsanwalt (nachfolgend kurz „Partnerschaft“ genannt) und dem jeweiligen Auftraggeber, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder unabdingbar gesetzlich vorgeschrieben ist.
2. Diese Auftragsbedingungen gelten für alle gegenwärtigen und in Zukunft erteilten Aufträge, ohne dass die Auftragsbedingungen erneut in Bezug genommen werden müssten. Sie entbinden nicht von der Einhaltung des jeweils gültigen Standesrechtes.
3. Für den Umfang der zu erbringenden Leistungen ist der erteilte Auftrag maßgebend, der nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung unter Beachtung der einschlägigen berufsrechtlichen Normen und Pflichten ausgeführt wird. Die Prüfung der Richtigkeit, Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit der der Partnerschaft gemachten Angaben, übergebenen Unterlagen und Zahlen gehört nur zum Auftrag, wenn dies ausdrücklich in Textform vereinbart ist. Im Übrigen wird die Partnerschaft die vom Auftraggeber gemachten Angaben, übergebenen Unterlagen und Zahlen als richtig zu Grunde legen. Soweit sie offensichtliche Unrichtigkeiten feststellt, ist die Partnerschaft verpflichtet, auf diese ausdrücklich hinzuweisen.
4. Die Partnerschaft ist nach Maßgabe der Gesetze – auch nach Beendigung des Auftragsverhältnisses – zur Verschwiegenheit verpflichtet. Die Verschwiegenheitspflicht besteht nicht, soweit die Offenlegung zur Wahrung berechtigter Interessen der Partnerschaft erforderlich ist. Dies gilt insbesondere insofern, als sie nach den Versicherungsbedingungen ihrer Vermögensschadenhaftpflichtversicherung zur Information und Mitwirkung verpflichtet ist.
5. Die Haftung der Partnerschaft für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, ist auf 10 Mio. EUR (in Worten: zehn Millionen Euro) beschränkt. Die vorstehende Haftungsbegrenzung gilt auch für gesetzliche Ansprüche aller Art. Die Haftungsbegrenzung bezieht sich allein auf Fälle einfacher Fahrlässigkeit. Sie gilt nicht für etwaige vorsätzliche oder grob fahrlässige Pflichtverletzungen; bei derartigen Pflichtverletzungen richtet sich die Haftung nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Haftungsbeschränkung gilt für die gesamte Tätigkeit der Partnerschaft für den Auftraggeber, einer erneuten Vereinbarung der Haftungsbegrenzung bedarf es insofern nicht. Die Haftungsbeschränkung gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinander folgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtllichem und wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Die Gesamthaftung der Partnerschaft gegenüber mehreren Auftraggebern und/oder mehreren Anspruchsberechtigten wird auf insgesamt 10 Mio. EUR (in Worten: zehn Millionen Euro) beschränkt. Die Partnerschaft unterhält eine Vermögensschadenhaftpflichtversicherung, deren Versicherungssumme die o.g. Haftungsbegrenzung abdeckt.
6. Der Auftraggeber wird hiermit auf die Möglichkeit einer Einzelobjektversicherung hingewiesen. Sollte er der Ansicht sein, dass die in Nr. 2 bezeichnete Haftungssumme das Risiko nicht angemessen abdeckt, wird die Partnerschaft auf sein Verlangen eine Einzelobjektversicherung abschließen, sofern der Auftraggeber sich bereit erklärt, die dadurch entstehenden Mehrkosten zu übernehmen.
7. Die Vergütung der Partnerschaft für ihre Berufstätigkeit bemisst sich nach den gesetzlichen Regelungen der Steuerberatervergütungsverordnung bzw. des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes, sofern keine niedrigere oder höhere Vergütung durch Vergütungsvereinbarung in Textform vereinbart wurde.
8. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner für alle Forderungen der Partnerschaft in dieser Angelegenheit. Gegenüber der Partnerschaft sind mehrere Auftraggeber Gesamtgläubiger. Die Partnerschaft darf sich auf die Informationen und Weisungen eines jeden von mehreren Auftraggebern stützen, soweit nicht einer schriftlich widerspricht; in diesem Fall kann das Mandat sofort beendet werden.
9. Die Verpflichtung der Partnerschaft zur Aufbewahrung und Herausgabe von Handakten erlischt zehn Jahre nach Beendigung des Auftrages. Danach dürfen alle in ihrem Besitz befindlichen Aktenstücke vernichtet werden, wenn zuvor der Auftraggeber aufgefordert wurde, die Handakten in Empfang zu nehmen, und der Auftraggeber die Handakten nicht innerhalb von sechs Monaten nach Empfang dieser Aufforderung abgeholt hat.
10. Sofern der Auftraggeber Kaufmann ist oder keinen allgemeinen Gerichtsstand im Inland hat, wird für sämtliche Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit dem Mandatsverhältnis Tornesch als ausschließlicher Gerichtsstand vereinbart. Es gilt ausschließlich deutsches Recht. Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf einer ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.
11. Die Partnerschaft ist berechtigt, Geld und Geldeswert für den oder die Auftraggeber in Empfang zu nehmen und hieraus ihre gesamten Vergütungs- und Erstattungsansprüche zu befriedigen.
12. Der Auftraggeber verpflichtet sich, ihm ausgehändigte schriftliche Unterlagen (Gutachten, Vermerke etc.) vertraulich zu behandeln und nicht – auch nicht ihrem wesentlichen Inhalt nach – an Dritte weiterzugeben, es sei denn, die Partnerschaft hat hierzu vorher schriftlich seine Zustimmung erteilt. Der Auftraggeber verpflichtet sich, diese Verpflichtung auch seinen Mitarbeitern aufzuerlegen. Der Auftraggeber darf ihm übersandte Unterlagen auch ohne vorherige Zustimmung der Partnerschaft einem zur Berufsverschwiegenheit verpflichteten Sachverständigen zugänglich machen, der ihn in gleicher Angelegenheit berät, sofern der Auftraggeber diesen zur vertraulichen Behandlung der ihm überlassenen Unterlagen verpflichtet hat.
13. Wenn der Auftraggeber der Partnerschaft eine E-Mail Adresse mitteilt oder diese der Partnerschaft gegenüber verwendet, willigt er ein, dass der Rechtsanwalt ihm ohne Einschränkung per E-Mail mandatsbezogene Informationen zusendet. Dem Auftraggeber ist bekannt, dass E-Mails Viren enthalten können, dass andere Internet-Teilnehmer von dem Inhalt der E-Mails Kenntnis nehmen können und dass nicht sichergestellt ist, dass die E-Mails tatsächlich von dem Absender stammen, der angegeben ist. Der Auftraggeber wird hiermit auf die Möglichkeit hingewiesen, die vorgenannten Risiken zumindest teilweise durch eine verschlüsselte E-Mail-Kommunikation auszuschließen.
14. Die Partnerschaft ist berechtigt, personenbezogene Daten des Auftraggebers und dessen Mitarbeitern im Rahmen der erteilten Aufträge maschinell zu erheben und in einer automatisierten Datei zu verarbeiten oder einem Dienstleistungsrechenzentrum zur weiteren Auftragsdatenverarbeitung zu übertragen. Die Partnerschaft ist zudem berechtigt, zur Ausführung des Auftrags Mitarbeiter, fachkundige Dritte sowie datenverarbeitende Unternehmen heranzuziehen. Bei der Heranziehung von fachkundigen Dritten und datenverarbeitenden Unternehmen hat die Partnerschaft dafür zu sorgen, dass diese sich zur Verschwiegenheit verpflichten.
15. Abweichende Regelungen in einzelvertraglichen Mandats- oder Auftragsvereinbarungen gehen diesen Allgemeinen Auftragsbedingungen vor, lassen ihre Wirksamkeit im Übrigen aber unberührt.
16. Sollte eine in diesen Auftragsbedingungen enthaltene Regelung unwirksam sein oder werden oder sollte sich eine Lücke herausstellen, so berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen Regelungen. Die unwirksame Regelung oder die Lücke gelten als durch diejenige wirksame Regelung ersetzt, die dem am nächsten kommt, was der Auftraggeber und die Partnerschaft vereinbart hätten, wenn sie die Unwirksamkeit oder die Lücke erkannt hätten. Dies gilt insbesondere, wenn eine Regelung deshalb unwirksam ist, weil sie nach Maß und Grad von dem rechtlich Zulässigen abweicht.

Hinweise zur Datenverarbeitung

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Diese Datenschutz-Information gilt für die Datenverarbeitung durch den Verantwortlichen:

Schmitt und Eidel Partnerschaft mbB
Steuerberater Rechtsanwalt
Ahrenloher Straße 97
25436 Tornesch

Email: info@schmitt-eidel.de
Fon: +49 (0) 4122 / 50 74 100
Fax: +49 (0) 4122 / 50 74 101

Der betriebliche Datenschutzbeauftragte der Schmitt und Eidel Partnerschaft mbB Steuerberater Rechtsanwalt ist unter der o.g. Anschrift beziehungsweise o.g. Email-Adresse zu Händen Frau Katja Seggert erreichbar.

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie uns mandatieren, erheben wir folgende Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname,
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Anschrift,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Informationen, die für Ihre steuerliche Beratung, Lohnbuchführung, Finanzbuchführung, Fertigung von Jahresabschlüssen sowie Steuererklärungen im Rahmen des Mandats notwendig sind
- Informationen, die für Ihre rechtliche Beratung, das außergerichtliche oder gerichtliche Verfahren und Ansprüche im Rahmen des Mandats notwendig sind.

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als meinen Mandanten identifizieren zu können;
- um Sie angemessen beraten und vertreten zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie;

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten für Steuerberater und Rechtsanwälte (10 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Finanzbehörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Erfüllung Ihrer steuerlichen Pflichten und zur Wahrung, Geltendmachung oder Verteidigung Ihrer Rechte. Ebenso gehört hierzu die Weitergabe an Gerichte und andere Behörden zum Zwecke der Korrespondenz und zur Wahrung, Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte und Ansprüche. Zur Fertigung Ihrer Lohn- und Finanzbuchführung, Jahresabschlüssen und Steuererklärungen bedienen wir uns der Datev eG mit Sitz in Nürnberg als Auftragsdatenverarbeiter. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

4. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit uns gegenüber zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder das Unabhängige Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein, Holstenstraße 98, 24103 Kiel, www.datenschutzzentrum.de wenden.

Möchten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an info@schmitt-eidel.de

5. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an info@schmitt-eidel.de